



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/83 - 13. April 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Und Strauß schwieg ...</u> Bundeswehr - kein Feld für Parteipropaganda	42
1a	<u>Schlechtes Beispiel</u> Trotz "Kahnhaltens" gleich dreifache Erhöhung	19
2 - 3	<u>Was hat Süsterhenn gegen Berlin?</u> Ein christlicher Politiker sät Zwietracht	72
3	<u>Der große Widerspruch unserer Zeit</u> Wo kommen denn all' die Pläne her?	27
4 - 5	<u>Pietro Nenni - der Mann des Tages</u> Ein großes politisches Experiment in Italien Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Wagner	87
6 - 8	<u>Von Dorf zur Industriegroßstadt (II)</u> Oberhausen - Industrie und Kultur  Von Erik Emig	136

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Und Strauss schwieg ...

sp - Die Bundeswehr darf nicht der parteipolitischen Beeinflussung ausgesetzt sein. Sie muss über den Parteien stehen. Das ergibt sich schon aus ihrer Aufgabe, dem äusseren Schutz unseres Staates zu dienen. Die parteipolitischen Kontroversen bei der Entstehung der Bundeswehr gehören - das ist ein innenpolitischer Gewinn allererster Grössenordnung - glücklicherweise der Vergangenheit an. Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes hat die Existenzberechtigung der Bundeswehr anerkannt. Unsere Soldaten und Offiziere fühlen sich dem g a n z e n Volke zugehörig, nicht irgendeiner Partei. Das ist gut so, muss so sein.

Leider gibt es immer wieder Versuche, die Bundeswehr in den tagespolitischen Streit hineinzuziehen und sie einer einseitigen Beeinflussung auszusetzen. Das geschieht besonders häufig in Wahlzeiten. Diesen Unfug abzustellen, war der Sinn eines Antrages, den der sozialdemokratische Abgeordnete Berkhan bei der dritten Lesung des Haushaltes für das Jahr 1962 eingehend begründete. Er lautet:

"Der Bundestag wolle beschliessen:  
Die Bundesregierung wird ersucht, die für die  
"Innere Führung"  
"Psychologische Verteidigung"  
"Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen"  
"Nachwuchswerbung"

und in anderen Titeln enthaltenen Haushaltsmittel für Veröffentlichungen und dergleichen so zu verwenden, dass sie dem Gesamtinteresse dienen und nicht für einseitige parteiegoistische Propaganda, zum Beispiel bei Wahlen oder zur Bekämpfung politisch andersdenkender Demokraten, missbraucht werden können."

Der Antragsteller nannte in diesem Zusammenhang einige haarsträubende Zitate aus Schriften, die unter der Verantwortung des Bundesverteidigungsministers Strauss innerhalb der Bundeswehr verteilt worden waren. Sie enthielten auf die Opposition gemünzte Verdächtigungen, propagierten einseitig die Auffassung der Regierung und lobten den für die Verteidigung verantwortlichen Minister in den Himmel, ein Opportunismus, der widerlich ist. Der sonst so redefreudige Strauss schwieg dazu, fand dies wohl in Ordnung. Natürlich fand auch dieser Antrag, wie fast alle

anderen sozialdemokratischen Anträge bei der Haushaltsberatung, nicht die Zustimmung der Regierungsparteien.

Wie gesagt, die Bundeswehr gehört dem g a n z e n Volk. Nicht der Schatten eines Verdachtes darf aufkommen, sie könnte zum Tummelplatz der Regierungsparteien werden. Das wäre tödlich für ihre Schlagkraft und innere Verfassung. Die Sozialdemokratie wird nicht ablassen, sie vor dieser Gefahr zu schützen; sie weiss sich dabei in Übereinstimmung mit unseren Soldaten und Offizieren.

+ + +  
Schlechtes Beispiel

Trotz "Maßhaltens" - gleich dreifache Erhöhung

sp - CDU/CSU und die mit ihnen nun koalitierten Freien Demokraten befinden sich in Finanznöten. Die grösste Regierungspartei geht jetzt daran, nach dem Muster ihrer grossen, ihr hart auf den Fersen bleibender Konkurrentin, der Sozialdemokratie, einen eigenen Organisationsapparat aufzubauen. Das kostet viel Geld. Auf der Suche danach fanden sie und die FDP den Ausweg. Er bestand darin, dass beide Parteien den für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit im Haushalt eingesetzten Betrag von fünf Millionen gleich um das Dreifache, nämlich auf 15 Millionen, erhöhten, ohne gleichzeitig Vorsorge für die Kontrolle dieser Gelder zu treffen.

Nirgendwo offenbart sich die Hohlheit der donnernden Philippika unseres Bundeswirtschaftsministers Erhard so deutlich wie in diesem, für den Stil unserer Politik freilich recht bezeichnenden Vorgang. Wo blieb hier das gute Beispiel des Maßhaltens, das man vom Bundesbürger verlangt? Diese dreifache Erhöhung erfolgte ausdrücklich mit Blickrichtung auf die eigenen Parteikassen. Da man selbst die nötigen Mitgliedsbeiträge nicht aufbringt, müssen nun Mittel aus dem grossen Topf, genannt Bundeshaushalt, für den Ausbau der eigenen Partei herhalten - diese Moral spricht für sich selbst.

Was hat Süsterhenn gegen Berlin?

E.F. In der Wochenzeitung "Rheinischer Merkur" hat sich Herr Professor Dr. Süsterhenn, Mitglied des Deutschen Bundestages, unter dem Motto "Christlicher Humanismus dient der Freiheit" mit der Erteilung des Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen Berlins befaßt. Herr Süsterhenn sieht in der Tatsache, daß der Religionsunterricht in Berlin nicht im Auftrage des Staates sondern in ausschließlicher Verantwortung der Kirchen erteilt wird, "einen gefährlichen Verzicht auf den wesentlichen Kern der geistigen Position der freien Welt gegenüber der atheistischen Ideologie des Marxismus". Herr Süsterhenn bleibt allerdings den Beweis dafür schuldig, er erhebt lediglich Vorwürfe gegen die SPD und Willy Brandt und versucht die CDU in Berlin zu einer parlamentarischen Initiative zu drängen.

Für einen Vertreter der geistigen Position der freien Welt gehörte es sich, zunächst einmal um Sachverstand bemüht zu sein, bevor man sich kritisch äußert. Vielleicht muß man der CDU angehören, um die Kirchen in Berlin nicht für kompetent in der Frage des Religionsunterrichts zu halten. Herr Süsterhenn hätte jedenfalls bei der Evangelischen Kirche Berlin erfahren können, daß sie die Berliner Regelung des Religionsunterrichts gegenüber der früheren Regelung des staatlichen Lehrfachs bevorzugt. Auch seitens der Katholischen Kirche sind bisher keine Wünsche auf Änderung des gegenwärtigen Zustandes vorgetragen worden.

Herr Süsterhenn kann auch von der Berliner Elternschaft nicht zu seinem Ausfall veranlaßt worden sein, denn weder die offiziellen Elternvertretungen noch private Elternvereine empfinden die Regelung des Religionsunterrichts als änderungsbedürftig. Was können christliche Eltern von einer Gemeinschaftschule mehr verlangen, als daß ihre Kinder regelmäßig Religionsunterricht ihrer Konfession in der Schule erhalten, daß nur ihre Kirche bestimmt, was in diesem Religionsunterricht geschieht, und daß der Staat die materiellen und personellen Voraussetzungen für diesen Religionsunterricht garantiert. Wenn man dann noch weiß, daß in § 1 des Schulgesetzes für Berlin das Christentum als tragender Bestandteil des gesamten Unterrichts und jeder Erziehungsarbeit in der Berliner Schule postuliert wird, so versteht man, warum in Berlin in allen Konfessionen und in allen Parteien der Religionsunterricht kein Diskussionsgegenstand ist. Man versteht allerdings Herrn Süsterhenn nicht. Man wehrt sich dagegen, soviel an Unkenntnis oder Böswilligkeit anzunehmen.

Was will Herr Süsterhenn? Daß er ernsthaft um das Christentum in Berlin besorgt ist, kann er uns nicht weismachen, dann hätte er sich wohl besser und authentischer informiert. Daß er mit seinem Vorstoß Berlin als Bastion gegen die Machtansprüche des Kommunismus geistig stärken kann, wird er wohl auch niemandem, der von Mauer und Stacheldraht eingepfercht lebt, plausibel machen wollen. Will er Herrn Osterloh, seinem Parteifreund und Kultusminister von Schleswig-Holstein, in die Parade fahren, ohne dies direkt tun zu müssen? Herr Osterloh hat doch jüngst bedeutsame und kluge Worte über die Toleranz und den konfessionellen Frieden in Schulwesen und die CDU als Partei von Christen beider Konfessionen gefunden, die auf eine wesentliche Änderung des kulturpolitischen Klimas in der Bundesrepublik hoffen ließen. Wollte Herr Süsterhenn zeigen, daß der christliche Humanismus so sehr bedroht sei, daß Versöhnlichkeit und Aufgabe eines Totalitätsanspruchs der CDU in der Kulturpolitik nicht mehr am Platze seien? Oder wollte er nur Unruhe in der Berliner Innenpolitik stiften, weil das Beispiel der großen Koalition in Berlin angesichts eines nationalen Notstandes für die Bonner Koalition ein zu attraktives Vorbild werden könnte? Aber lassen wir die Motivsuche. Süsterhenns Aus-

lassungen werden in Berlin nichts ändern, weil die jetzige Lösung von allen Beteiligten als zufriedenstellend betrachtet wird.

Politiker muß man aber in erster Linie nach ihren Taten und erst danach nach ihren Motiven beurteilen. Wenn man der Auffassung ist, daß die Aufgabe eines deutschen Politikers heute zumindest darin besteht, alles zu unterlassen, was die Position Berlins gefährden könnte, so hat Herr Süsterhenn diese Aufgabe nicht verdient. Er diffamiert in seinem Artikel die Berliner Schule als unchristlich, schiebt der SPD und Willy Brandt die Schuld dafür zu und behauptet, daß der Stadtstaat Berlin es an Beweisen der Verbundenheit mit den Werten mangeln ließe, "welche das gemeinsame Erbe der europäisch-atlantischen Gemeinschaft darstellen". Der Berliner Senat und viele Berliner bemühen sich, für Berlin und für ein vereinigtes Deutschland Freunde zu gewinnen. Herrn Süsterhenn paßt das offenbar nicht, ihm macht es zumindest nichts aus, wenn einige Überzeugte Christen Zweifel an der Position Berlins bekommen, weil sie sich nicht vorstellen können, daß ein so prominenter christlicher Politiker bedenkenlos die Bevölkerung einer leidgeprüften Stadt ohne Grund angreift. Was hat Herr Süsterhenn gegen Berlin?

+ + +

### Der grosse Widerspruch unserer Zeit

sp - Seit Erhards Fernsehrede gerät der Begriff "frei" in Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Überlegungen immer mehr ins Rutschen. Der Professor will zwar optisch ein Verfechter von ihm selbst geprägter Schlagworte bleiben, praktisch jedoch fordert er im Kabinett und in seinen letzten öffentlichen Ansprachen staatliche und ausserstaatliche Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. Bundesfinanzminister Starke dagegen tönt, die Regierung werde alle Maßnahmen gegen die freie Marktwirtschaft zurückweisen, auch wenn sie ausserparlamentarischen Ursprungs seien. Wieder anders klingt es beim Deutschen Industrie- und Handelstag in Bremen, wo sogar "eine zielbewusste Strukturpolitik" gefordert wird, "die sich der veränderten Wirtschafts- **l a n g f r i s t i g** anpasst". Die ganz Freien Demokraten in der Bundesrepublik, deren Verwurzelung in Industrie und Wirtschaft nicht unbekannt ist, entdecken plötzlich eine "sehr ungerechte Steuergesetzgebung", die schleunigst revidiert werden müsse.

Wie man aber auch die zahlreichen Nuancierungen in der grossen Diskussion über Währung und Wirtschaft bezeichnen mag - fest steht, dass eigentlich alle Gruppen, die bisher für die "absolute Freiheit in der Wirtschaft" waren, eine **g e r e c h t e r e** Wirtschaftsordnung und eine vernünftigeren Strukturplanung wünschen, keine jedoch das Wort "Planung" auszusprechen wagt.

Es scheint der grosse Widerspruch unserer Zeit zu sein, zwar verbal als Gegner einer vorausschauenden Strukturpolitik gepriesen bleiben zu wollen, in der Praxis jedoch - möglichst hinten herum - jetzt schon den Staat in Anspruch zu nehmen, damit er - das heisst die Allgemeinheit - die Fehler wieder gutmacht, die man in der Vergangenheit "ganz privat und frei" beging.

+ + +

Pietro Nenni - der Mann des Tages

Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

Dank der indirekten Unterstützung der Linksozialisten hat Italien zum ersten Mal seit mehr als vier Jahren eine relativ stabile Koalitionsregierung.

Die Frage, die sich nun hier jedermann stellt, ist, ob diese Regierung lediglich die Betonung auf die soziale Politik der Democrazia Cristiana (DC) lege, oder ob sie als eine wirkliche Wendung der italienischen Politik auf internationaler Ebene und im Bereich des politisch-wirtschaftlichen Systems des Landes selber angesehen werden muß. In sämtlichen politischen und diplomatischen Kreisen Roms herrscht Unge-  
wisheit darüber; alle sind in ihrem Urteil äußerst zurückhaltend. Selbst die Kommunisten, die von einem Erfolg der "Öffnung nach links" eine noch größere Isolierung zu befürchten haben, gehen wider Erwarten eher sparsam mit Angriffen gegen diese um und achten peinlich genau darauf, sich nicht den heftigen rechtsextremen Angriffen gegen Fanfani anzuschließen.

Zweifellos hat Nenni in der Wendung nach links der neuen Regierung eine Hauptrolle gespielt. Aber das vorsichtige Vorgehen des christlich-demokratischen Parteisekretärs Moro darf nicht unterschätzt werden. Er war und ist Nennis denkbar bester Alliierter, in dem er früher als seine Parteifreunde eingesehen hat, daß die DC auf die Dauer eine Krise nicht vermeiden könnte, wenn nicht etwas Neues, ja vielleicht etwas Gewagtes, unternommen würde, dem sogar die katholische Kirche sich nicht widersetzt hat. Eine Wendung nach links in der Regierungs-Orientierung scheint auch Moro - und diese Vermutung deckt sich mit der der Sozialdemokraten - die einzige Möglichkeit zu sein, um den Kommunisten endlich jene Millionen Stimmen zu nehmen, die aus ihr die stärkste KP des Westens machen. Daß dazu das italienische Wirtschaftswunder nicht fähig war, ist bereits bewiesen worden.

"Öffnung nach links"

Die öffentliche Meinung bezeichnet aber Nenni und nicht Moro oder Fanfani als Urheber der "Öffnung nach links". Tatsächlich hat Nenni und kein anderer den Slogan "apertura a sinistra" geprägt und seit Jahren davon gesprochen.

Der Versuch, eine neue politische Linie einzuschlagen, bedeutet für Pietro Nenni einen der größten Erfolge seiner politischen Laufbahn. Ihm - dem ehemaligen Stalinpreisträger - ist es gelungen, dank eines geduldigen und taktischen Vorgehens, dank der Hartnäckigkeit, mit der er den neuen Standpunkt der Selbständigkeit der Sozialisten vertreten hat, seine über zehn Jahre lang dauernde prokommunistische Politik in den Hintergrund rücken zu lassen und seine Abkehr von den Kommunisten zu vollziehen, ohne die Einheit der eigenen Partei aufs Spiel zu setzen.

1947 hielt Nenni es für richtig, die sogenannte "Einheit der Arbeiterklasse" um jeden Preis aufrechtzuhalten. Dieser Idee opferte er sogar die Einheit seiner Partei. Aber es ist anzunehmen, daß er - auch während der Jahre der engeren Zusammenarbeit mit der KP nicht - die scharfen und widerwärtigen Angriffe der Kommunisten im Exil vergessen hat, denen er

vor der "Volksfront" in Frankreich ausgesetzt war. Wie dies während der Stalin-Ära besonders üblich war, handelte es sich nicht um rein politische, sondern um persönliche Angriffe, die gegen den Menschen und nicht nur gegen den Politiker geschleudert wurden. Er schwieg im Namen der "Einheit der Arbeiterklasse", dieses immer wiederkehrende Leitmotiv seiner politischen Laufbahn.

#### Für Zusammenarbeit mit den Katholiken

Heute ist Nenni davon überzeugt, daß der Augenblick zu einem Einverständnis zwischen Sozialisten und Katholiken gekommen ist. Dieses Einverständnis wirkt auf jene Generationen, die den Widerstand und den Befreiungskrieg erlebt haben, weder Überraschend noch "unvorstellbar". Nenni weist darauf hin, daß die Bedingungen dazu bereits während der 20-jährigen faschistischen Herrschaft gelegt wurden, und daß in den Jahren 1943 bis 1945 auch eine durchaus konkrete Zusammenarbeit zwischen Katholiken und allen anderen faschistischen Kräften in den "Nationalen Befreiungskomitees" stattgefunden hat.

Auf die Frage, was das heutige Zusammentreffen der beiden in ihren Grundideologien entgegengesetzten politischen Kräften bewirkt habe, meint Nenni, diese Möglichkeit sei durch das Auftreten von drei Faktoren geboten worden. Erstens: die Zunahme der produktiven Kräfte habe das Antlitz der Gesellschaft verändert. Zweitens: die Verbreitung des Wissens habe die beiden Gruppen, die "rote" und die "weiße", einander nähergebracht. Drittens: jene gegenüber den Problemen der breiten Masse verständnisvoll sich zeigenden Christdemokraten haben nach jahrelanger Bemühung die konservativen Kräfte innerhalb der DC überwogen, oder auf alle Fälle deren politisches Handeln bedingt. Die Möglichkeit eines Treffens der beiden Kräfte kam also nicht auf Grund einer Prinzipienübereinstimmung - die nicht bestehen kann -, sondern auf Grund von ganz konkreten Tatsachen zustande.

#### Von Erfolg gekrönt?

Wird dieser neue Versuch - dem Lande eine stabile, demokratische und gleichzeitig sozial aufgeschlossene Grundlage zu sichern, von Erfolg gekrönt sein? Eine Antwort - zum Teil wenigstens - werden die auf den Juni anberaumten Administrativ-Wahlen erteilen, denen mehr denn je politischer Wert zugeschrieben wird. Diese werden mit Ungeduld erwartet und als Indiz angesehen, umso mehr als knapp in einem Jahr politische Wahlen stattfinden werden. Im Grunde genommen hat für alle politischen Parteien Italiens der Wahlkampf bereits begonnen. Dieser wird im Namen der "apertura a sinistra" geführt werden und im Namen jenes Politikers, der bei dieser neuen Regierungsform Pate gestanden hat - Pietro Nenni.

Vom Dorf zur Industriegroßstadt (II)

Oberhausen - Industrie und Kultur

Von Erik Emig

"Wiege der Ruhrindustrie" liest der Besucher, der das Hauptbahnhofsgebäude in Oberhausen verlässt, auf der Fassade eines modernen Hochhauses. "Wiege der Ruhrindustrie" - Oberhausen ist mit Recht stolz auf diesen Slogan, denn auf dem Gebiet der heutigen Industriegroßstadt wurde 1758 die erste Eisenhütte des Ruhrgebiets in Betrieb genommen, der Anfang der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr. In der Geschichte der Industrialisierung des Ruhrreviers spielt Oberhausen eine dominierende Rolle und dies obwohl die Stadt gerade eben erst hundert Jahre alt geworden ist.

Ohne die Industrie wäre Oberhausen noch heute jener völlig bedeutungslose Flecken Erde, eine öde, unfruchtbare Heide Landschaft, in der ein paar Bauern mehr darboten, als sie sich vom Ertrag ihrer Arbeit ernähren konnten. Aber bereits 1741 fand der Freiherr Ferdinand von der Wenge, Domherr zu Münster, hier Raseneisenerz und beantragte Nutzungsrechte. Nach langem Hin und Her erhielt er das Recht, die Erzvorkommen auszubeuten. 1758 war es soweit, die Anthony-Hütte nahm die Arbeit auf. Und bald darauf folgten zwei weitere Hütten, die "Gutehoffnungshütte" und die Hütte "Neu Essen". Die drei Hütten erwiesen sich jedoch als unrentabel, was vor allem seine Ursache in der landesherrlichen Streit suchte hatte. Die St. Anthony-Hütte lag auf dem Gebiet des Kölner Kurfürsten, die Gutehoffnungshütte gehörte zu Preusser- und "Neu Essen" schliesslich war ein Betrieb des Stiftes Essen. Die Kirche hatte schon früh in der Vielländerecke am rechten Niederrhein erkannt, dass wirtschaftliche Macht auch politische Macht bedeutet.

"Direkt durch die Erde nach China"

1808 wurden die drei Hütten zur "Rüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel und Huyssen" zusammengeschlossen. Von nun an lässt sich eine, wenn auch von wirtschaftlichen Rückschlägen nicht freie, aber doch im grossen und ganzen stetige Aufwärtsentwicklung verfolgen. Diese Entwicklung wurde vor allem gefördert, als im hiesigen Raum reiche Kohlevorkommen entdeckt wurden, der Hochofenprozess wirtschaftlich rentabel war und die ersten Schächte abgeteuft waren. Franz Haniel, ein Pionier von altem Schrot und Korn, hatte 1857 den ersten Schacht abgeteuft; freilich die Zeitgenossen verspotteten ihn: "Der will direkt durch die Erde nach China". 1855 wurde auf der Gutehoffnungshütte, wie sich die Rüttengewerkschaft nun nannte - den Namen trägt der weitverzweigte Betrieb noch heute - der erste Hochofen angeblasen.

Als das Gebiet auch verkehrstechnisch erschlossen war, entwickelte sich die Industrie in geradezu "amerikanischem" Tempo. Levin L. Schücking, damals noch Redakteur der "Kölnischen Zeitung", berichtete

seinen Lesern 1856 nach einer Reise: "Die Eisenbahn führt uns nach Oberhausen, mitten in eine Landschaft, welche eine Staffage von nord-amerikanischem Gepräge hat; wir befinden uns in ödester Sandgegend, die kaum dürftigen Fichtenaufschlag nährt, in einer wahren Urheide, und mitten in ihr erblicken wir die Schöpfungen des modernsten Kulturlebens, eben aus dem Boden gestiegen: Stationsgebäude, Häuser, Hotels, Fabrik-etablissemments, und ehe viel Zeit verfließt, wird mit amerikanischer Schnelligkeit eine Stadt aus diesen Sandhügeln aufwachsen, das verbirgt der Knoten der Bahnlinien, der sich hier schürzt".

#### Prophetie wurde zur Wahrheit

Diese Prophetie sollte sich bewahrheiten. Mit allen Vorteilen und Nachteilen einer raschen, optimistisch-gläubigen Industrialisierung, die nur an Produktion, an Maschinen, nicht aber an Menschen dachte. Schon 1872 wurde in zehn Hochöfen Eisen geschmolzen, bis 1912 aus sechs Schächten Kohle gefördert; 83.299 t Bessemer-Stahl wurden schon 1882 von der Gutehoffnungshütte produziert. Immer enger wurde die Verbundwirtschaft, die Verflechtung zwischen Zeche und Hütte, zwischen Stahlwerk und weiterverarbeitenden Betrieben. Gerade die Oberhausener Industriellen hatten schon früh erkannt, dass auf die Dauer gesehen die Eisen- und Stahlbetriebe nur dann wirtschaftlich rentabel arbeiten können, wenn sie kaufmännisch und technisch eng miteinander verbunden sind. Später kamen noch die Chemie, die Energieerzeugung und der Transport hinzu. Das System der Verbundwirtschaft, das erstmals in Oberhausen in dieser Vollkommenheit verwirklicht wurde, machte die Stärke der Oberhausener Industrie aus, war die Keimzelle eines riesigen Konzerns, der sich bald nicht nur auf Oberhausen beschränkte. Namen wie Lueg, Haniel und Reusch sind mit dieser Entwicklung eng verbunden.

#### Werk des Gemeinsinns

Freilich, nach 1945 wurde das alles "entflochten", der Konzern aufgelöst durch Kontrollratsgesetz. Es drohte die Demontage des Ganzen, was der "totale Krieg" verschont hatte. Es musste von vorn angefangen werden. Mutige Männer und Frauen begannen den Wiederaufbau, Frauen und Männer aus allen Schichten begannen gemeinsam das grosse Werk, das heute viele einfach als "Wirtschaftswunder" abtun. Es ist kein Wunder, sondern Ergebnis harter und schwieriger Arbeit, sei es im Rathaus, im Büro oder in der Werkshalle. Der Aufbau ist ein Werk des Gemeinsinns.

Dieses gemeinsame Bemühen hat auch noch in einer anderen Beziehung Früchte getragen: der der Kultur. Vielleicht zeigt sich auf dem Gebiet der städtischen Kulturpflege am deutlichsten, dass sich das Lebensgefühl der Oberhausener seit dem letzten Krieg entscheidend geändert hat. Kulturpflege bedeutet in Oberhausen nicht Pflege übernommener Kulturgüter, sondern fast ausschliesslich die Aufgabe, dem "einfachen Menschen" die Welt des Geistes und der Künste zu öffnen, ihm neue Werte zu vermitteln, die ihm ein geistig bewusstes Lebensgefühl geben können. Kultur ist kein Luxus, im Zeitalter der totalen Technik ist sie eine Notwendigkeit.

Die Oberhausener Stadtväter haben mit Eifer und Fleiss schon früh diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen begonnen. Das Oberhausener Theater war das erste, das nach dem Kriege wieder aufgebaut war; schon im September 1949 wurde das Schauspielhaus wieder eröffnet, einige Jahre später folgten die Kammerstücke, und vor wenigen Wochen wurde das "studio 99", eine kleine Bühne für das moderne Theater unserer Tage, eröffnet, es hat weit bis über die Stadt hinaus lebhaftes Echo gefunden.

#### Förderung der Künste

Die bildenden Künste haben im Herrenhaus von Schloss Oberhausen - dem Namensgeber der Stadt - eine würdige Stätte der Pflege und Sammlung erhalten. Das Schloss war, wie vieles in dieser Stadt, zerstört. Frau Oberbürgermeister Albertz, erste und vor Jahren noch einzige Oberbürgermeisterin in der Bundesrepublik und stets den Musen besonders zugetan, setzte sich für den Aufbau des Schlosses mit der ihr eigenen Zähigkeit ein. Und Hermann Reusch, Industrieherr in Oberhausen, spendete zum Wiederaufbau eine halbe Million! Auch die Pflegestätten der Kultur sollten ein gemeinsames Werk sein. Deshalb war diese Spende mehr als eine großzügige Geste. Heute verfügt die Galerie in Schloss Oberhausen trotz ihrer Jugend - vor dem zweiten Weltkrieg gab es in Oberhausen keine Galerie - über einen ansehnlichen Kunstbesitz, vor allem in graphischen Kabinett, in dem neben Arbeiten von Chagall und Picasso, Beckmann, Kubin und Käthe Kollwitz auch die jüngere Generation mit wichtigen Arbeiten vertreten ist.

Noch in diesem Jahr wird in Oberhausen eine in ihrer Art einmalige Sammlung eingerichtet: "Internationales Glas des 20. Jahrhunderts", eine Kollektion von modernem Gebrauchs- und Kunstglas aus aller Welt, gestiftet und angekauft von grossen Glashütten und Manufakturen, ein Querschnitt durch das Formschaffen der Glasmacher unseres Jahrhunderts. Diese Sammlung, die bereits jetzt in bescheidenem Rahmen gezeigt wird, wirkt in ihrer lichten Farbigkeit wie ein Kontrapunkt zu der Welt der Kohle, des Feuers, des Eisens und der flammend durchzuckten Nacht. Der Beschluss des Rates, beträchtliche Mittel für diese Sammlung freizugeben, beweist erneut, dass die Stadtväter gewillt sind, das Ihre zu tun, in der Werkstatt-Stadt auch die Musen heimisch werden zu lassen.

#### Weltoffene Haltung

Grössten Anteil an der Bildung eines neuen geistigen und kulturellen Bewusstseins in dieser Stadt hat die Volkshochschule. Hier werden auf fast allen Gebieten der Wissenschaft und der Künste Grundsteine gelegt, hier wird eine neue Welt dem arbeitenden Menschen eröffnet, wird ein Weg beschritten, der nicht mehr an den Stadtgrenzen haltmacht, der ebenso in die Vergangenheit führt wie in die Zukunft, hier werden für viele Menschen Weichen gestellt für eine weltoffene Haltung.

Das ist auch der tiefere Sinn und die Bedeutung der Westdeutschen Kurzfilmtage, internationales Festival, Treffpunkt der Kultur- und Dokumentarfilmleute aus West und Ost. "Weg zum Nachbarn" ist ein gutes Motto, denn der Weg zum Nachbarn muss gesucht und gefunden werden, mehr denn je in einer Zeit, in der die Menschen sich näherrücken, aber immer noch nicht nahe genug, um die Gegensätze zu überwinden, die eine nationalistische Politik der Vergangenheit aufgerichtet hat, Gegensätze, die immer mehr zu Missverständnissen führen und die sich unsere hochindustrialisierte Gesellschaft einfach nicht leisten kann.